

Wenn sie dennoch in dieser Frage unschlüssig blieb, so lag das zunächst daran, daß die Annexion der Saar zwar verbreitet gutgeheißen wurde, daß man aber über die Art und Weise ihrer Einverleibung höchst unterschiedliche Vorstellungen entwickelte. In diesem Sinne gab es französischerseits keinen Einheitswillen, und darin liegt sicherlich eine wesentliche Ursache für die stete Behauptung, daß Frankreich eigentlich nie die Absicht gehabt habe, die Saar zu annektieren. Die Meinungsverschiedenheiten entzündeten sich vornehmlich an der Frage, ob man fast eine Million Menschen, die sich als Deutsche fühlen, in den französischen Staatsverband aufnehmen könne, ohne auf Dauer Belastungen zu provozieren. Das nationale Selbstbestimmungsrecht als hochgeschätzter Wert weckte hier starke Skrupel. Aus der Fülle der Verlautbarungen und Erklärungen zur Saarfrage in der unmittelbaren Nachkriegszeit lassen sich genug Belege finden, die die nachhaltigen Bedenken in der französischen Öffentlichkeit gegen ein einseitiges Vorgehen unterstreichen. Im Grunde lassen die Meinungsäußerungen drei Positionen erkennen. Nur eine Minderheit verlangte eine direkte politische Annexion. Die Mehrheit zielte dagegen zunächst auf eine wirtschafts- und währungspolitische Verbindung. Diese Majorität zerfiel in etwa zwei gleichstarke Lager. Das eine hegte die Hoffnung, daß sich die Saarländer infolge einer gezielten Assimilationspolitik eines Tages als Franzosen fühlen würden, so daß man langfristig, dann aber mit Zustimmung der Bevölkerung eine politische Zugehörigkeit der Saar zu Frankreich erreichen würde, das andere begnügte sich von vornherein mit einer wirtschaftlichen Annexion ähnlich wie nach dem Ersten Weltkrieg, allerdings wesentlich entschiedener und intensiver als damals und vor allem ohne zeitliche Begrenzung.

Ein weiterer Grund für die Zurückhaltung der französischen Regierung in der Saarfrage war der starke Widerstand der Amerikaner und Briten gegen jede Politik, die auf Annexionen zielte. Hier lehrten die Erfahrungen nach dem Ersten Weltkrieg. Diese Abneigung war im Jahre 1945 wesentlich stärker spürbar als 1947, als man Frankreich für Zugeständnisse in der Deutschlandpolitik in seinen Interessen an der Saar entgegenkommen mußte. Schon wenige Tage nach der Besetzung des Saarlandes durch französische Truppen<sup>10</sup> traten hier Dissonanzen auf. So alarmierte der Général Gouverneur militaire Sarre die Befehlszentrale in Baden-Baden am 20. 7. 1945 telegraphisch über starke amerikanische und britische Aversionen gegenüber einer möglichen Politik des *fait accompli*: *En raison position nettement antifrançaise prise par certains milieux et officiers du Gouvernement militaire américain concernant la Sarre estime indispensable pour éviter difficultés interalliées avoir politique française très prudente en Sarre et en particulier ne laisser entrer en fonction que personnel militaire de gouvernement à l'exclusion de fonctionnaires civils.*

Darüber hinaus müsse sofort die zwanzigköpfige Kommission, die im Auftrag des Gouvernement Provisoire unter Leitung des Directeur des chancelleries im Außenministerium L. Abel Verdier die Lage an der Saar in Hinblick auf künftige Entscheidungen studieren solle, abberufen werden, da gerade sie eine *fâcheuse interprétation* der Alliierten provozieren.<sup>11</sup> In der Stellungnahme der Regierung (Etat Major Général de la Défense Nationale

<sup>10</sup> Das Saarland wurde am 21. 3. 1945 durch amerikanische Truppen besetzt, sie wurden ab 6. 7. 1945 durch französische abgelöst.

<sup>11</sup> Telegramm vom 20. 7. 1945. Ministère des Affaires Étrangères, Archives et Documentation, Bestand Z Europe 1944 – 1949 juin. Sous-Direction de la Sarre au Quai d'Orsay, Nr. 1.